

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
01

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Göppingen Klimaneutral 2035

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Wir erklären alles zu unternehmen um Göppingen 2035 klimaneutral zu machen
Dazu wird ein **Aktionsplan** erarbeitet mit einem konkreten **Maßnahmenkatalog**.
Die Ausarbeitung geschieht durch die Stadtverwaltung zusammen mit Expert*innen
und einer umfassenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, wie z. b. der AG
„Göppingen Klimaneutral 2035“

Der Aktionsplan wird jährlich überprüft und soll **bei künftigen Beschlussfassungen
als Orientierung dienen.**

Darstellung des Sachverhalts:

Die menschengemachte Erderwärmung bedroht unsere Lebensgrundlage. Deutschland hat
2015 im Übereinkommen mit Paris zugesagt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den
Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Göppingen kann einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Der Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern in der
AG „Göppingen Klimaneutral 2035“ erfährt somit eine Wertschätzung und Beachtung
für das erbrachte Engagement.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
02

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Einzelhandels-Defiziträume in der Stadt

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

1. Antrag auf Erstellung einer Liste von Defiziträumen im gesamten Stadtgebiet von Göppingen und insbesondere in den einzelnen Stadtbezirken.
2. Die Liste wird verbunden mit einem Förderprogramm für ein Handlungskonzept.
3. Das Amt für Wirtschaftsförderung erstellt eine Onlineplattform, wodurch für kleine Läden und Geschäftsräume in Göppingen schnell eine Nachnutzung gefunden werden kann, um Leerstände zu vermeiden oder zu reduzieren.

Darstellung des Sachverhalts:

Um der Entwicklung von sog. Ladensterben und von generell unterversorgten Gebieten entgegenwirken zu können, wird die Stadtverwaltung aufgefordert, eine Liste von Defiziträumen zu erstellen, in denen innerhalb eines Radius von 500 Metern zum Wohnstandort sich kein größerer Lebensmittelmarkt mehr befindet.

Gleichzeitig soll ein Förderprogramm aufgelegt werden, das, verbunden mit einem daraus resultierenden Handlungskonzept, dafür sorgt, dass die Nahversorgung der dort lebenden Menschen gesichert ist.

Betroffen sind vor allem ältere Menschen, deren Mobilität ohnehin oft eingeschränkt ist. Außerdem fallen durch diese Defizit-Entwicklung immer mehr Orte der Begegnung weg.

Die Ursache für das sog. Ladensterben liegt u.a. in der Corona-Pandemie und in den Auswirkungen des Ukraine-Krieges.

Deshalb sollen das Amt für Stadtplanung und die Abteilung Wirtschaftsförderung zusammenarbeiten, um Angebote zu entwickeln bzw. zu stärken, dass z.B. inhabergeführte Läden gestützt werden und gemeinnützige Unternehmen, wie z.B. Cap- oder Bonusmärkte gefördert werden.

Das Gleiche gilt für die Unterstützung von Neugründerinnen- und Neugründerläden, vor allem im Lebensmittelbereich.

Nach Ansicht der SPD müssen diese Fördermaßnahmen vor allem durch eine bewusst gesteuerte Flächenpolitik der Stadt begleitet werden, die das Interesse einer ausreichenden Nahversorgung berücksichtigt.

Dazu gehört auch, dass die Stadt gezielt auf Eigentümer zugeht, deren Immobilien frei werden könnten. Das beinhaltet auch, dass mögliche Standorte erfasst und geprüft werden, die geeignet sind, um künftige Versorgungslücken zu schließen oder sie gar nicht erst entstehen lassen.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
03

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Fils erlebbar machen – „Perle an der Fils“

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadt prüft die Möglichkeiten eines barrierefreien Ausbaus eines Aufenthalts-Relax- und Freizeitbereichs am städtischen Filsufer, wo sich Bürgerinnen und Bürger – auch mit ihren Kindern - aufhalten können.

Dazu können auch die Planungen aus der Aktion „Landschaftspark Fils“ herangezogen werden.

Planungs- und Umsetzungs-Finanzmittel in entsprechender Höhe sind hier einzusetzen.

Darstellung des Sachverhalts:

Die Sommer werden heißer und länger. Wir haben die Fils unmittelbar im Stadtbereich.

Menschen brauchen Möglichkeiten, sich in erfrischenden Wasserbereichen /

Naherholungsbereichen aufzuhalten. Kinder brauchen dort Spiel- und Bewegungsangebote.

Ein Areal „Perle an der Fils“ wird geschaffen.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
04

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Grünpaten zur Pflege städtischer Anlagen

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadt sucht für die zunehmend auszubauenden Grünbereiche in der Stadt „Grünpaten“ – die sich für begrenzte grüne Areale in der Stadt verantwortlich fühlen, diese hegen und pflegen.

Darstellung des Sachverhalts:

Ehrenamt gewinnt zunehmend an Bedeutung, Grünfläche werden mehr, Bauhofmitarbeiter eher weniger.

Ehrenamtliche Patenschaften sind ein Erfolgsmodell.

Die zunehmende Zahl von „jungen RentnerInnen“ - birgt viel Potential, welches die mit „grüner Hand“ – bepflanzten Flächen in der Stadt auch ehrenamtlich pflegen kann.

Dies kann als Gemeinschaftsaufgabe eines Stadtbezirks eines Stadtquartiers auch sinnvolles Miteinander schaffen und entlastet den städtischen Bauhof.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
05

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Obdachlosenunterbringung - Betreuung

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

1. Die Stadt sucht ein zum Filsufer Sonnenbrücke alternatives Gelände zur Neuerrichtung von Obdachlosenunterkünften für sog. „nicht integrierbare“ MitbürgerInnen.
2. Die Container am Filsufer Sonnenbrücke sind zu entfernen.
3. „Nicht integrierbare“ Obdachlose werden von Sozialarbeitern begleitet.

Darstellung des Sachverhalts:

Die Containeranlage an der Fils ist schlecht einsehbar. Mehrmals kam es zu gravierenden, ja bedrohlichen Situationen. Die Container stehen abgeschieden und uneinsehbar unter Straßenniveau.

Durch den Brand im August entstand ein Schaden von 40 000,- Euro.

Personenschaden konnte gerade noch verhindert werden.

Polizeieinsätze sind notwendig.

Auch die Vermüllung ist ein Problem.

Eine Resozialisierung kann so auf keinen Fall erfolgen.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
06

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Jugendbeteiligung
Konsequenzen aus dem Abschlussbericht GR- Drucksache 151/ 2022

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadtverwaltung erstellt einen Jugendbeteiligungsplan auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse des Abschlussberichts.

Darstellung des Sachverhalts:

Ausgangspunkt der Studie waren wahrgenommene Defizite bei der kommunalpolitischen Beteiligung von Jugendlichen in Göppingen, die sich auch in der Absage der Wahl zum Jugendgemeinderat 2021 zeigten.

Um Jugendliche für ein Engagement zu motivieren, gibt es in der Studie einige gute Ansätze, die ein Umdenken der bisherigen Praxis bedeuten. Beispielhaft sind nachfolgend einige Punkte daraus aufgeführt.

An oberster Stelle stehen für die Jugendlichen Orte der Begegnung mit Gleichgesinnten im öffentlichen Raum:

- Chillplätze schaffen
- Tag der Jugend einführen
- Einbeziehung der JugendvertreterInnen bei allen Entscheidungen des GR
- Sprechstunden des Oberbürgermeisters für Kinder und Jugendliche
- Wahlverfahren anpassen - Jugendliche die in Göppingen zur Schule gehen zur Wahl zulassen
- Erstellen eines Social- Media- Konzepts
- Begegnungsmöglichkeiten der Jugendlichen mit Stadtverwaltung und GemeinderätInnen schaffen.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
07

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Hitzeaktionsplan zum Schutz der menschlichen Gesundheit.
Hier sind kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen zu ergreifen.
Ziel eines Hitzeaktionsplanes ist daher, vorausschauende Maßnahmen festzulegen,
die sowohl zur Vorbeugung gegen die Überhitzung der Stadt als auch zur Bewältigung
der Hitze im Akutfall erforderlich sind.

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

1. Die Stadtverwaltung Göppingen erstellt zeitnah einen Hitzeaktionsplan in Anlehnung an die WHO Leitlinie, die aus 8 Kernelementen besteht.
2. Die Stadtverwaltung Göppingen arbeitet eng mit VertreterInnen der Region und des Landkreises zusammen und berichtet in regelmäßigen Abständen (erstmals im Januar 2023) über den aktuellen Stand.

Darstellung des Sachverhalts:

Für die Menschen in der Stadt stellt die Hitze eine wachsende Belastung dar, die zu schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen und selbst zum Tod führen kann. Besonders betroffen sind „vulnerable“ Menschen- und Risikogruppen, darunter ältere und sozial isoliert lebende Menschen, Pflegebedürftige und Menschen mit chronischen oder psychischen Erkrankungen, Schwangere, Kleinkinder und Menschen, die unter besonders schwierigen Bedingungen leben und arbeiten.

Konkrete Beispiele:

- Stadtklimaanalyse
- Verminderung der Sonneneinstrahlung durch Verdunklungsmöglichkeiten (Rolläden, Jalousien, Markisen etc.)
- Stadtplanung: Vorgaben für Hitzeschutz von Gebäuden (Thermoglas etc.), hitzeadäquate Gebäudeplanung bei Neubauten
- Trinkwasserspender in Gebäuden und im öffentlichen Raum
- Einrichtung von „Cooling Centers“, z.B. öffentliche, kühle Räumlichkeiten
- Erhalt bzw. Schaffung von schattenspendenden Grünanlagen, Parks, Pavillons mit kühlenden Verdunstungsflächen wie Wasserflächen etc.
- Entsiegelungsoffensive: Reduzierung von Versiegelungsflächen auf öffentlichen Plätzen
- Förderung von Baum- und Buschpflanzungen und Dach- und Fassadenbegrünungen
- Hitzeprävention für Kindergärten, Kleinkindergruppen, Risikogruppen (Obdachlose, Ältere und alleinlebende Menschen)
- Hitzeinformation auf der Homepage der Stadt
- Schattige Outdoor- Parkarbeitsplätze
- Workshops und Themenwochen in Schulen zu hitzerelevanten Themen

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
08

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf **bzw. Anfragen**

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Sanierung von Bürgersteigen in der Innenstadt und den Stadtbezirken

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

1. Zustandserfassung aller Bürgersteige
2. Sanierung der Bürgersteige, damit diese fußgängergerecht, kinderwagen- und rollatorentauglich sind und gefahrenlos genutzt werden können

Darstellung des Sachverhalts:

Viele Bürgersteige im Stadtgebiet befinden sich in einem jämmerlichen Zustand und stellen eine Behinderung und Gefährdung von Fußgänger*innen dar. Personen, die mit Kinderwagen, Rollatoren oder einfach zu Fuß unterwegs sind, müssen sich sicher bewegen können. Dies ist momentan nicht überall möglich. Erst kürzlich verletzte sich eine Passantin durch einen Sturz vor der Kunsthalle erheblich, da der Bürgersteig in schlechten Zustand ist (schmal, uneben etc.).

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
09

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Einbindung sachkundiger BürgerInnen in die Gremienarbeit

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Berufung/ Beteiligung von jeweils einer Vertreterin / eines Vertreters der Lokalen Agenda 2030, des Stadtseniorenrats, der Jugendvertretung und des Integrationsausschusses als ständige Vertretungen in den Ausschüssen und bei Klausuren des Gemeinderats

Darstellung des Sachverhalts:

Die Akteure der jeweiligen Gruppen leisten einen wertvollen Beitrag im Bereich des ehrenamtlichen Engagements für die Göppinger Bürgerschaft. Dieses Engagement soll verstärkt Gehör finden und in den jeweiligen Ausschüssen eingebracht werden können.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
10

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Stadtseniorenrat Erhöhung des Zuschusses

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der städtische Zuschuss für den Stadtseniorenrat wird dauerhaft auf 5000,00 € erhöht, damit der Mehraufwand für die Saalmiete der Stadthalle abgedeckt werden kann und finanzielle Planungssicherheit für andere Aktivitäten besteht.

Darstellung des Sachverhalts:

Durch die Entscheidung der Hochschule Esslingen/Göppingen kann die Veranstaltungsreihe „Uni der Generationen“ nicht mehr in der Aula der Hochschule stattfinden.

In der neuen Saison 2023 trägt der Stadtseniorenrat die Mietkosten für die Stadthalle (Klosterneuburgsaal) selbst.

Neue Aktivitäten sind

- Filme für Generationen
- Ausbau monatlicher Boule-Treffen
- mit Aktiven-Gruppe zu Ausflügen und sportlichen Ereignissen
- kostenlose Verteilung der Vorsorgemappe für neue Mitglieder

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
11

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Teppich in der Aussegnungshalle erneuern

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der Teppich in der Aussegnungshalle auf dem Göppinger Hauptfriedhof wird erneuert.

Darstellung des Sachverhalts:

Der Teppich ist fleckig und völlig unansehnlich und dem ansonsten stimmigen und würdigen Trauerambiente in keiner Weise mehr entsprechend.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
12

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Konzept für Installation von Überwachungskameras

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept für die Installation von Überwachungskameras in der Innenstadt an Brennpunkten, wie z.B. dem Bahnhof.

Darstellung des Sachverhalts:

Es hieß bisher immer, aus rechtlichen Gründen sei eine Kameraüberwachung im öffentlichen Raum nicht möglich. Daß dies so nicht stimmt, zeigt die Installation von 23 (weiteren) Überwachungskameras in Stuttgart, die an sieben zentralen Orten installiert wurden. Mittlerweile sollten weitere sieben dazugekommen sein: an insgesamt acht zentralen Orten - zwei der Standorte im Oberen Schlossgarten, vier im Bereich Schlossplatz/Planie/ Königstraße und zwei weitere am Kleinen Schlossplatz!

Auch in Freiburg und in anderen Städten wurden Kameras installiert. Der Bahnhof in Göppingen ist nach den Erfahrungen vieler Reisender trotz anderslautender Sicherheitsberichte, (die im GR regelmäßig vorgestellt werden) ein Brennpunkt, dessen Besuch abends tunlichst viele Menschen vermeiden wollen.

Durch die Kameratechnik könnte auch der kostenintensive Sicherheitsdienst (dessen Effizienz ja auch des Öfteren angezweifelt wird) auf dem Bahnsteig ersetzt werden.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
13

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Zuschuss Turn-und Festhalle Bartenbach und Wasenhalle Jebenhausen

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der Gemeinderat beschließt aufgrund steigender Energiekosten eine Erhöhung des Zuschusses an den TSV Bartenbach und den TV Jebenhausen

Darstellung des Sachverhalts:

Der Gemeinderat hat am 7.7.2022 (GDR 149-1/2022) beschlossen für die vereinseigenen Hallen und die Kalthalle die Zuschüsse - u.a. wegen steigender Energiepreise seit 2019 - neu zu berechnen.

Dies trifft auch auf die an den TSV Bartenbach bzw. TV Jebenhausen verpachtete Turn-und Festhalle Bartenbach bzw. Wasenhalle Jebenhausen zu.

Daher sollte der Zuschuss wegen der steigenden Energiekosten, analog zur Neuberechnung der Energiekosten der vereinseigenen Hallen, ebenfalls erhöht werden.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
14

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Quartiersarbeit in Ursenwang bzw. Stadtteilentwicklungskonzepte

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Quartiersarbeit in Ursenwang wird über den Förderzeitraum hinaus fortgeführt und eine Umsetzung weiterer Stadtteilentwicklungskonzepte wird vorangebracht. Notwendige Finanzmittel werden in den städtischen Haushalt eingestellt.

Darstellung des Sachverhalts:

Die engagierte und erfolgreiche Quartiersarbeit von Frau Eisenhauer zeigt in Ursenwang deutliche Früchte, das „Wägele“ und andere Lokationen sind ein beliebter und kommunikativer Treff für Jung und Alt. Dies gilt es auch über den bisher gesicherten Finanzierungszeitraum zu gewährleisten.

Auch andere Stadtteilentwicklungskonzepte (zum Beispiel Faurndau-Haier, Bartenbach-Engenlauch, Holzheim-Manzen) müssen intensiv fertiggeplant und umgesetzt werden.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
15

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Aufstockung Personalstelle Jugendtreff-Leitung in Faurndau

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der Stellenplan des Jugendtreffs Faurndau wird aufgrund der Fülle der Aufgaben um 50 % erhöht.

Darstellung des Sachverhalts:

Die Anforderungen und der Aufgabenbereiche des Jugendtreffs in Faurndau sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Der Jugendtreff ist ein wichtiger Treffpunkt für viele Kinder und Jugendliche geworden. Die Kinder und Jugendlichen kommen nicht nur aus dem Ortsteil Faurndau. Durch die Pumptrack ist die Besucherzahl nochmals gestiegen, sie wird von Kindern und Jugendlichen jeden Alters gerne genutzt. Der Standort hat mit der Neugestaltung des Spielplatzes Obererbau und mit einem Konzept für die altersübergreifenden Nutzung nochmals eine enorme Aufwertung erlebt.

Durch die unterschiedlichen Interessen der Nutzer gibt es dort auch immer wieder Konflikte. Diese konnten durch die engen Begleitungen des Jugendtreff-Leiters Tobias Lutterroth, der ehrenamtlichen Mitglieder der Vereine Fame Brakers und des Hope-Bag e.V. einigermaßen geregelt werden. Von den Betreffenden wird uns aber immer wieder berichtet und angemahnt, dass diese wichtige Arbeit nicht mehr ausreichend von Ehrenamtlichen geleistet werden kann.

Für ein friedvolles Miteinander und einen Begegnungsort für unterschiedliche Alters- und Interessensgruppen braucht es hier dringend im Zusammenspiel mit dem Jugendtreff eine verlässliche Begleitung.

Auch von Seiten der Schulen in Faurndau sind schon Anfragen für Kooperationen mit dem Jugendtreff vorhanden, diese können mit der bisherigen Personalbesetzung keinesfalls geleistet werden.

Der Jugendtreff Faurndau braucht hier dringend personelle Verstärkung!!!

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
16

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Zisterne und Lagerhalle auf dem Bauhofgelände

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der GR beschließt

1. auf dem östlichen Gelände des Bauhofs eine Zisterne für Gießwasser für städtische Anlagen zu installieren.
2. darauf wird eine Halle zur wettergeschützten Aufbewahrung von Gerätschaften und Material, welches jetzt auf dem Bauhofgelände Wind und Wetter ausgesetzt ist, errichtet. Auch das Lager im Böhringer Areal kann dann, da Bedarf für diesen Raum anderweitig angezeigt wurde, geräumt und auf dem Bauhofgelände untergebracht werden.
3. Auf dem Dach der Halle kann eine Photovoltaikanlage u. A. Strom zum Laden des Fuhrparks liefern.
4. Interimsweise kann – bis zu einer endgültigen Planung und Errichtung einer dauerhaften Halle – kurzfristig ein großes Zelt errichtet werden.
5. Die notwendigen finanziellen Mittel werden in den Haushalt 2023 eingestellt.

Darstellung des Sachverhalts:

Verschiedene Materialien, einige Maschinen und Fahrzeuge des Bauhofs lagern ungeschützt im Freien, was die Lebensdauer verkürzt.

Ebenso sind Materialien in einem Lager im Böhringer Areal gelagert, dieser Raum wird nach Aussagen der Stadtverwaltung einer anderweitigen Nutzung zugeführt und soll zeitnah geräumt werden.

Eine Lagerhalle mit darunter liegender Zisterne und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach ist daher zeitgemäß, dringend notwendig und auf Dauer Wasser- und Kosten sparend. Mit dem Regenwasser aus der Zisterne können die städtischen Grünanlagen bewässert werden.

Die Aufbewahrung der Fahrzeuge, Materialien und Maschinen verlängert deren Lebensdauer und hilft somit Kosten zu sparen.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
17

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf **bzw. Anfragen**

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Bericht über die Gesundheitskonferenz und die Pflegekonferenz 2022

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadtverwaltung berichtet zumindest im ASS, besser im GR über die Ergebnisse der beiden o.g. Konferenzen

Darstellung des Sachverhalts:

Gesundheits- und Pflege Themen nehmen an Wichtigkeit zu. Das Allgemeinwissen darüber ab.

Wie kann die Bevölkerung für die kommenden Jahrzehnte im Wissen und Bewusstsein zur Thematik positiv geführt werden?

Das Expertenwissen aus den Konferenzen muss an der Basis vermittelt werden.

Welche politischen Handlungsmaßnahmen leiten wir als GR aus den Konferenzen ab. Welche wollen wir umsetzen?

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
18

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Der ASS erhält einen Verlaufsbericht aus den beiden Familienzentren Kinderhaus Seefrid und Kinderhaus Wieseneck.

Der Gemeinderat beschließt die Förderung mindestens zweier Kindergärten zu Familienzentren und stellt die entsprechenden Finanzmittel dazu in den Haushalt 2023 ein.

Darstellung des Sachverhalts:

Die Einbeziehung und Begleitung von Eltern der Kinder im Kindergartenalter gewinnt an Wichtigkeit. Frühzeitige erzieherische Weichenstellungen verhindern belastende Fehlentwicklungen. Nachweislich leisten Familienzentren hier vorbeugende Arbeit zum Gesunderhalt der gesamten Familie.

Weitere städtische Kindergärten sollten daher bestärkt werden, diesen zeitgemäßen Weg mit dem Blick auf die gesamte Familie zu gehen.

Diese Präventionsarbeit verhindert nachweislich hohe Folgekosten.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
19

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Beitritt der Stadt Göppingen zur ESA (Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V.)

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadt Göppingen tritt der ERLEBNISREGION SCHWÄBISCHER ALBTRAUF e.V. bei, Kosten der Mitgliedschaft € 3750,-

Darstellung des Sachverhalts:

Der kreisweite Tourismusverband „Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V.“ verbindet und vermarktet sehr professionell die Region um Göppingen bundesweit und darüber hinaus. <https://www.mein-albtrauf.de/>

Eine Mitgliedschaft in der ESA beinhaltet auch die korporative Mitgliedschaft im „Schwäbische Alb Tourismusverband e. V.“. <https://www.schwaebischealb.de/>

34 der 38 Kreiskommunen sind bereits Mitglied (zwei Weitere sind kurz vor dem Beitritt) und können auf die vielfältigen Leistungen und das Knowhow der Geschäftsstelle zugreifen.

Unser Stadtmarketing- und Tourismusbüro kooperiert bereits in verschiedenen Bereichen mit der ESA, diese stellt ihre Dienste kulanterweise derzeit bereits ohne Mitgliedschaft zur Verfügung.

Eine Mitgliedschaft eröffnet neben o.g. grundsätzlichen Kooperationsvorteilen noch weitere Möglichkeiten, z. B.

- Göppingen kann seine eigenen Ideen einbringen
- Produkte Göppinger Direktvermarkter werden ins beliebte Albtraufsäckle integriert, ein Verkauf über unseren ipunkt ist dann möglich.
- Die absolute Touristenattraktion „Schäferwagen“ kann auch auf Göppinger Gemarkung platziert werden.
- Göppingen kann Ausrichter der „TransAlb“ sein.
- Teilhabe an Gemeinschaftsprojekten, wie aktuell der Möblierung von Wander- und Radwegen
- Umfangreiche Social-Media-Kooperationen
- Gemeinschaftliche Messeauftritte

Unser zeitlicher Einsatz:

Mitgliederversammlungen finden zwei Mal jährlich statt,
eine Klausurtagung einmal alle zwei Jahre.

Die Ergebnisse sprechen für sich.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:
Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
20

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Verknüpfung Schulsozialarbeit mit der Jugendarbeit / Quartiersarbeit

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Schulsozialarbeit und die Quartiersarbeit haben sich überschneidende Aufgabenbereiche, diese sind zur Optimierung der Arbeit zu verknüpfen.

Die Förderkonzeption „Schulsozialarbeit an Göppinger Schulen“ von 2008 wird fortgeschrieben.

Darstellung des Sachverhalts:

Um Ressourcen zu bündeln ist langfristig anzustreben, dass wohnräumliche und schulische Sozialarbeit von einem Träger übernommen werden und sich nicht auf zwei verschiedene Träger verteilen.

Die Konzeption aus dem Jahr 2008 muss dringend an die neuen Anforderungen angepasst werden.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
21

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Sitzbänke mit Solarzellen und Handy-Aufladestation

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadt installiert alternativ statt der bereits vorhandenen Sitzbeton-Bänken um den Marktplatz zwei innovative Solarbänke mit Handyladestation.
Auch weitere Standorte, z. B. Bahnhof oder Parkanlagen sind vorstellbar.

Darstellung des Sachverhalts:

Im Sinne von Bürger*innen-Service bietet die Stadt diese modernen Bänke als Sitzgelegenheiten. Die robusten Bänke gibt es in vielerlei Ausfertigungen. Menschen, die sich lange in der Stadt aufhalten, können unkompliziert ihr Mobiltelefon, Laptop oder Tablett laden.
Kosten: werden nachgereicht.



einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
22

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Gewaltschutzbeauftrage(r) 50 %

Antrag:

Die Stadtverwaltung beauftragt einen geeigneten Mitarbeiter zu einer Fortbildung als Gewaltschutzbeauftragter. Konzepte und Handlungsmaßnahmen, Aufgabenkatalog werden erarbeitet.

Darstellung des Sachverhalts:

Gewaltschutz- bzw. Schutzkonzepte sind in Einrichtungen für Kinder – und Jugendliche noch immer keine Selbstverständlichkeit. Im Zuge der SGB VIII-Reform 2021 hat das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) das Vorliegen eines Gewaltschutzkonzeptes für Einrichtungen mit bestehender Betriebserlaubnis und solche, die zukünftig die Betriebserlaubnis erhalten wollen, als Pflichtaufgabe in §45 Abs.2 Nr.4 SGB VIII formuliert. Darüber hinaus besteht der Auftrag und die Empfehlung **für alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe**, Schutzkonzepte zu entwickeln und entsprechend umzusetzen.

Der Gesetzgeber greift damit das Wesen eines Gewaltschutzkonzeptes auf: dessen Entwicklung, Anwendung und regelmäßige Überprüfung. Einrichtungen müssen sich damit spätestens jetzt auf den Weg machen, ein für ihre Einrichtung passendes Gewaltschutzkonzept zu entwickeln. Dies braucht ein planvolles Vorgehen, Zeit und Beteiligung von Mitarbeiter*innen aber auch von den Kindern und Jugendlichen der Einrichtung selbst.

Um hier effizient Unterstützung zu leisten ist ein städtischer Gewaltschutzbeauftragter notwendig, der niederschwellig Ansprechpartner sein kann.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
23

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Aufbau eines E-Bike-Ladestationsnetzes in der Stadt und den Bezirken

Antrag:

Die Stadtverwaltung prüft geeignete Stellen und baut in der Innenstadt an gut frequentierten Stellen und in jedem Stadtbezirk mindestens eine E-Bike-Ladestation auf.

Darstellung des Sachverhalts:

Der E-Bike-Verkehr nimmt enorm zu, um hier Service-orientiert zu sein, und das Radfahren zu unterstützen, ist es notwendig, Ladestationen zu bieten.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Thema:

Foodsharing - Stadt Göppingen

Antrag:

Die Stadt Göppingen unterschreibt die Motivationserklärung zum Foodsharing

Darstellung des Sachverhalts:

Viele Menschen in zahlreichen Städten engagieren sich bereits über [foodsharing.de](https://www.foodsharing.de) als Foodsaverinnen und retten Lebensmittel vor dem Müll. Die Bewegung foodsharing-Städte möchte eine Plattform bieten, um Aktivitäten, die über das Lebensmittelretten hinaus gehen darzustellen, und die Zusammenarbeit mit lokalpolitischen Akteurinnen fördern.

Teilnehmende Städte unterscheiden sich dahingehend, ob sich diese noch "auf dem Weg" befinden oder bereits als "foodsharing-Stadt" ausgezeichnet wurden. Letzteres ist der Fall, wenn es neben einem foodsharing-Team vor Ort auch eine von der Stadtverwaltung unterschriebene Motivationserklärung als Symbol der Partnerschaft zwischen foodsharing und der öffentlichen Hand gibt.

Durch die Unterzeichnung der „Motivationserklärung foodsharing Städte“ würde unsere Stadt neben Eisingen die zweite foodsharing Stadt in Baden-Württemberg. Hierdurch würde die lokale foodsharing Gruppe gestärkt und das Thema könnte verstärkt lokal beworben und gefördert werden. Wir versprechen uns dadurch einen erhöhten Zuspruch und vermehrte Unterstützung für die foodsharing Initiative, der es danach leichter fallen würde für die Lebensmittelrettung zu werben und ggf. zusätzliche materielle Unterstützung einzuwerben (so wird beispielsweise immer mal wieder eine Kühl-/Gefrierkombination zur Zwischenlagerung der geretteten Lebensmittel benötigt).

Aber auch auf Seiten der Stadt würden neben dem reinen Imagegewinn Vorteile entstehen durch ein verringertes Müllaufkommen bspw. durch „Feste ohne Reste“ (foodsharing könnte ein fester Bestandteil lokaler Festivitäten werden).

Finanzielle Auswirkungen entstehen für die Stadt durch die Unterzeichnung der Motivationserklärung keine. Auch eine juristische Haftung entsteht hierdurch nicht.



Motivationserklärung foodsharing-Städte

Lebensmittel sind ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags. Sie sind lebenswichtig und vielmehr als bloße Nahrungsquelle. Gute Ernährung steigert das Wohlbefinden und gemeinsam essen ist fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens - ob beim privaten Picknick, dem Kantinenessen, bei der Arbeit oder dem Stadtfest. Ein bewusster und nachhaltiger Konsum und Umgang mit Lebensmitteln hat maßgebliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Klimas und beeinflusst somit die Lebensqualität in unserer Stadt und darüber hinaus.

Wir erkennen die hohe Bedeutung von Lebensmitteln für die Gesellschaft und unsere Stadt und schätzen ihren Wert. Für die Produktion und den Vertrieb von Lebensmitteln werden viele Ressourcen von Natur, Tier und Mensch benötigt. Ein reflektierter Umgang mit Lebensmitteln honoriert den Aufwand ihrer Herstellung und des Vertriebs.

Wir setzen uns das Ziel, eine höhere Wertschätzung von Lebensmitteln und die Reduktion von Lebensmittelverschwendung zu erreichen. Damit wollen wir das Leben in unserer Stadt umweltfreundlicher gestalten, zur weltweiten Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele beitragen und unsere Stadt zu einem lebenswerteren Ort für alle machen.

Deshalb werden wir

- Lebensmittelwertschätzung in unserer Stadt verankern,
- für die Problematik der Lebensmittelverschwendung sensibilisieren und einen nachhaltigen und bewussten Umgang mit Lebensmitteln fördern,
- über unsere Fortschritte öffentlich Auskunft geben,
- die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen ausbauen und gezielt nutzen, um einen gesamtgesellschaftlichen Wandel in der Wahrnehmung von Lebensmitteln zu erreichen.

Um diese Motivationserklärung zu realisieren, arbeiten wir kontinuierlich an der Umsetzung des foodsharing-Städte Ideenkatalogs. Eine geringere Lebensmittelverschwendung und ein wertschätzender Umgang mit Lebensmitteln bereichert das Zusammenleben in unserer Stadt, sowie auch in der Gesamtgesellschaft - davon sind wir fest überzeugt.

Unterschrift der lokalen foodsharing Gruppe

Unterschrift Vertreter*in der öffentlichen Hand

Weitere Vertreter*in anderer Organisationen

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
25

Haushaltsplanberatungen **2023**

Änderungsantrag zum Planentwurf **bzw. Anfragen**

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Sanierung des Friedhofsgebäudes – Stand der Umsetzung

Antrag:

Die Stadtverwaltung berichtet über den Stand der Sanierung des Friedhofsgebäudes und die Kostenentwicklung.

Begründung:

Die Bevölkerung erwartet eine zeitnahe Umsetzung der vor mehreren Jahren gefassten Beschlüsse, das Friedhofsgebäude und das Umfeld zu sanieren.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

SPD
26

Haushaltsplanberatungen 2023

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

Beratungs-Nr.

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendcafes mit verschiedenen jugendgemäßen Angeboten in der ehemaligen „Sportecke“

Antrag:

Die Stadt Göppingen richtet mit Jugendlichen ein weitgehend selbstverwaltetes Schülercafe mit Aufenthaltsmöglichkeiten ein, welches unterstützt / gecoacht wird durch städtische Beauftragte für Jugendbeteiligung / Jugendkoordination oder Mitarbeitende eines Freien Trägers.

Die finanziellen Mittel sind hierfür in entsprechender Höhe in den Haushalt 2023 einzustellen

Begründung:

Zahlreiche Kinder und Jugendliche sind nach der Schule „sich selbst überlassen“ und halten in der Stadt auf. Diese Schüler*innen brauchen

- ein niederschwelliges Angebot des konsum- und kostenfreien Aufenthalts,
- und ein niederschwelliges Gesprächs- und Beratungsangebot.
- Jugendliche lernen in der Selbstverwaltung Wertvolles für ihr eigenes Leben
- problematischen Entwicklungen wird vorgebeugt.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung:

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2023

Beratungs-Nr.

SPD
27

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Einrichtung von SGA-Gruppen (Soziale Gruppenarbeit) in der Stadt und ggf. in den Bezirken.

Antrag:

Die Stadt richtet zunächst innerstädtisch in geeigneten Räumen eine Möglichkeit für „Sozialen Gruppenarbeit“ ein.

Begründung:

Der Verein Städt. Jugendhaus e.V. hatte die Bewilligung des LRA zum Betreiben von SGA Gruppen (Soziale Gruppenarbeit) in der Stadt.

Geprüft werden könnte, ob das neue Referat Kinder und Jugend der Stadt Göppingen diese Bewilligung und die Kostenerstattung des LRA hierfür erhalten und somit Schülerinnen und Schüler, die zuhause wenig bis gar nicht versorgt sind, beherbergen und somit fördern könnte.

Zahlreiche Kinder der Stadt können von diesem Angebot profitieren und eine positive Lebensausrichtung erfahren.

Siehe Verein Lernen Fördern e.V./ Förderverein der Pestalozzi-Schule

Der Verein Lernen Fördern Göppingen e.V. wurde 1988 als Förderverein der Pestalozzischule ins Leben gerufen und hat sich seither zu einem anerkannten Bildungsträger mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen und einer Vielzahl von Ehrenamtlichen, Honorarkräften und TherapeutInnen weiterentwickelt.

Er bietet zahlreiche Angebote an, um den vielfältigen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

So ist der Verein anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Anbieter von Schulsozialarbeit und **unterstützt die Pestalozzischule in der Ganztagesbetreuung und im Bereich der Berufspädagogik.**

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme

ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Empfehlung der Verwaltung: